

Ansprache des Diözesanratsvorsitzenden Christian Gärtner beim Neujahrsempfang des Diözesanrats im Bistum Eichstätt am 18.1.2025

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Geschwister im Glauben,

ich will heute mal mit einem Lob für die bayerische Politik beginnen. Natürlich kann ich die Staatsregierung nicht dafür loben, dass sie das bisherige Ziel für die Klimaneutralität Bayerns um fünf Jahre auf 2045 verschieben will. Das ist in dieser Zeit ein falsches politisches Signal. Gerade jetzt, wo der Einsatz für Klimaschutz nach den US-Präsidentschaftswahlen weltweit unter Druck gerät, gerade jetzt, wo von Politikerinnen rechtsextremer Parteien versucht wird, erneuerbare Energien wie die Windenergie mit Argumenten und Formulierungen zu diskreditieren, die eigentlich nur lächerlich sind, aber gleichzeitig leider auch zu gefährlicher Stimmungsmache taugen, gerade jetzt hätte ich von einer im besten Sinne konservativen Politik erwartet, bereits beschlossene Zielperspektiven für Klimaneutralität nicht aufzuweichen, auch wenn es nicht einfach werden wird, die gesteckten Ziele zu erreichen. Für uns Christinnen und Christen steht der Einsatz für die Bewahrung von Gottes guter Schöpfung weiter ganz oben auf der Prioritätenliste, und als Diözesanrat wollen wir deshalb den Anspruch nicht aufgeben, dass wir auch als Bistum im Rahmen der Klimaoffensive 2035 klimaneutral werden sollen.

Aber jetzt will ich doch noch mein Lob für die bayerische Politik aussprechen. Von der Öffentlichkeit fast unbeachtet hat der Bayerische Landtag ein „Gesetz zur Erleichterung des Ehrenamts“ beschlossen, das vor ziemlich genau einem Monat am 17. Dezember 2024 in Kraft getreten ist. Wir als Diözesanrat vertreten die Anliegen der vielen ehrenamtlich engagierten Gläubigen, die in den Pfarrgemeinden und Verbänden unseres Bistums organisiert sind, und deshalb bin ich für solche gesetzliche Rahmenbedingungen sehr dankbar, mit denen der Staat ehrenamtliches Engagement erleichtert, fördert und stärkt. Der durch dieses Gesetz in das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) neu eingefügte Artikel 87 hat mir besonders gut gefallen. Dort heißt es in schlichter Rechtsprosa: „Die Behörden haben bei ihrer Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen, dass der ehrenamtliche Einsatz für das Gemeinwohl zu fördern ist. Das gilt insbesondere für eine einfache, zweckmäßige und zügige Durchführung von Verwaltungsverfahren sowie bei der Ausübung von Ermessen.“

Als Kirche in Deutschland leisten wir uns im Rahmen des grundgesetzlich geschützten Rechts, unsere Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes selbstständig zu ordnen, den Luxus eines eigenen kirchlichen Arbeitsrechts und sogar eines eigenen kirchlichen Datenschutzgesetzes. Wir brauchen jetzt nicht auch noch ein eigenes kirchliches Verwaltungsverfahrensgesetz, aber ich würde mir schon wünschen, dass sich die Verwaltungstätigkeit auch der kirchlichen Behörden immer zuallererst daran orientiert, dass der ehrenamtliche Einsatz der Gläubigen für Ihre Kirche zu fördern ist. Leider habe ich in den Jahrzehnten meines eigenen ehrenamtlichen Engagements viel zu oft mitbekommen, wie viel Unmut und Unzufriedenheit bei engagierten Gläubigen allein dadurch entsteht, dass die Kirche ihre eigenen

Verwaltungsverfahren eben nicht einfach, zweckmäßig und zügig, und ich füge hinzu, transparent genug durchführt.

Als Kirche sind wir eine Gemeinschaft der Glaubenden, aber in Deutschland hat sich die Kirche, finanziert durch jahrzehntelang steigende Kirchensteuereinnahmen, auch zu einer bürokratischen Institution entwickelt, die wir uns so in den kommenden Jahren angesichts zurückgehender finanzieller und personeller Ressourcen nicht mehr werden leisten können. Es wäre aber ein schwerer Fehler, die notwendigen Entscheidungen darüber, wo und wie gespart werden muss, nur als einen bürokratischen Verwaltungsakt zu sehen.

Über die schwierigen Fragen, welche kirchlichen Angebote nicht mehr weitergeführt werden sollen, von welchen Einrichtungen oder Gebäuden man sich angesichts zurückgehender finanzieller und personeller Ressourcen trennen will, muss zuerst ein möglichst breiter Konsens aller Beteiligten innerhalb der Kirche und auch mit den politisch Verantwortlichen vor allem in den Kommunen gefunden werden. Man wird es dabei nie allen recht machen können, aber ein solcher möglichst breiter Konsens muss in jedem Fall angestrebt werden, sonst machen wir uns als Kirche unglaubwürdig und riskieren, dass sich viele von denen, die sich immer noch in der Kirche engagieren, enttäuscht zurückziehen.

Ein solcher möglichst breiter Konsens setzt genau das voraus, was im vergangenen Oktober von der weltweiten Bischofssynode „Für eine synodale Kirche“ beschlossen wurde. In dem von Papst Franziskus als „zum ordentlichen Lehramt“ gehörend angenommenen Abschlussdokument dieser Synode wird eine „Kultur der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Evaluierung“ (Nr.80) gefordert, die auch in unserem Bistum als zentrales Prinzip für die Entscheidungsfindung in rechtlich verbindlichen Strukturen und Prozessen verankert werden sollte. Das Prinzip der Dezentralisierung, das im Abschlussdokument der Welsynode stark gemacht wird, eröffnet dafür auf Bistumsebene meines Erachtens große Spielräume, ohne erst auf Änderungen im weltweiten Kirchenrecht warten zu müssen.

In diesen Strukturen müssen auf allen Ebenen vor allem die vor Ort engagierten Gläubigen angemessen und demokratisch legitimiert vertreten sein. Demokratische Legitimation von Entscheidungsgremien durch Wahlen ist für mich eines der wichtigsten Prinzipien, das in unseren demokratischen Gesellschaft auch in der Kirche gewährleistet sein muss.

Für mehr Synodalität in der Kirche braucht es auch keine neuen Gremien, sondern die bereits vorhandenen synodalen Ansätze in unseren Pfarrgemeinde-, Kirchorts-, Dekanats- und diözesanen Räten müssen gestärkt und weiterentwickelt werden. Die schon bestehenden Gremien müssen viel stärker synodal zusammenarbeiten und meiner Meinung nach auch weitgehend zusammengefasst werden. Ganz wichtig ist für mich dabei auch, dass die Entscheidungen über pastorale und strategische Grundsatzfragen und die sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen für die Haushalte in einem gemeinsamen Gremium getroffen werden, das möglichst die ganze Breite des Gottesvolkes auf der jeweiligen Ebene repräsentieren sollte.

Das Abschlussdokument der Welsynode fordert genau das, was auch wir als Diözesanrat wollen, nämlich eine „eine stärkere Beteiligung des gesamten Volkes Gottes an Entscheidungsprozessen“ (Nr. 87), und zwar „in allen Phasen von Entscheidungsprozessen“ (Nr. 77), und „die wirksame Beteiligung des Volkes Gottes (...) an der pastoralen und finanziellen Planung“ (Nr. 102). Mit den Ergebnissen des von Papst Franziskus begonnenen weltweiten synodalen Prozesses haben wir es jetzt vor Ort selbst in der Hand, die Ära der Synodalität in unserer Kirche zu gestalten. Diese Chance sollten wir nutzen.

Als katholische Kirche feiern wir in diesem Jahr, wie alle 25 Jahre, wieder ein Heiliges Jahr, das diesmal unter dem Motto „Pilger der Hoffnung“ steht. Wie passt so ein Heiliges Jahr in diese Welt, in der gleichzeitig so viel Unheiliges in der geschicht? In der Ukraine ist ein Ende der kriegerischen Gewalt immer noch nicht absehbar, und ob der gerade vereinbarte Waffenstillstand im Gazastreifen hält und die vereinbarte Freilassung der Geiseln erfolgt, ist noch zweifelhaft, noch viel mehr, ob das wirklich zu einem Frieden im Heiligen Land führt. Viele Menschen blicken mit Sorge auf den Regierungswechsel in Amerika nächste Woche und auf die bevorstehende Bundestagswahl am 23. Februar.

Im Blick auf die Bundestagswahl hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) politische Perspektiven verabschiedet, die unter der Überschrift „Menschenwürde - Zusammenhalt – Zukunftsfähigkeit“ stehen. Das sind drei zentrale handlungsleitende Prinzipien für unser politisches Engagement als Christinnen und Christen. Dabei werden gerade die Menschenwürde und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft von Populisten jeglicher politischer Couleur immer wieder durch die immer gleiche Masche in Frage gestellt, indem man einen Gegeneinander von „wir gegen die“ konstruiert. Dabei ist es fast egal, was als „Wir“ definiert wird, und was „Die“ sind, die Anderen, von denen immer behauptet wird, dass sie nicht so wären wir. Die Beispiele kennen Sie: „Wir, das Volk, gegen die Eliten“, „Wir, die Deutschen, gegen die Migranten“, „Wir, die Fleißigen, gegen die Sozialschmarotzer“ - die Masche ist immer die gleiche und ich wundere mich, wie viele doch immer wieder darauf hereinfliegen.

Als Christinnen und Christen und als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats müssen einem solchen exklusiven „Wir“, einem „Wir“, das ausschließt, ein inklusives „Wir“ entgegensetzen, das alle Menschen guten Willens einschließt, egal woher sie kommen, oder woran sie glauben. Zum Zusammenhalt der Gesellschaft gehört auch, dass alle demokratischen Kräfte koalitionsfähig bleiben müssen, und das sollten verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker auch im Eifer des Wahlkampfes immer berücksichtigen.

Auch als Diözesanrat wollen wir uns im kommenden Jahr mit den politischen Herausforderungen auseinandersetzen, vor denen wir als Gesellschaft stehen. So werden wir uns auf unserer nächsten Vollversammlung im März mit dem Themenkomplex „Migration und Integration“ befassen. Dabei verkennen wir nicht, dass Migration vor allem viele Kommunen vor große sozialpolitische Herausforderungen stellt. Aber es wäre unredlich, die Verantwortung für bestehende, strukturelle

Misstände von der politischen Ebene auf die zugewanderten Menschen abzuschieben, anstatt in die soziale Infrastruktur zu investieren.

Ich bin deshalb auch der Caritas sehr dankbar, dass sie ihre diesjährige Kampagne unter das wörtlich zu verstehende Motto „Da kann ja jeder kommen“ gestellt hat, mit der offenen Tür als Symbol christlicher Nächstenliebe. Der konkrete Einsatz für den Nächsten verbunden mit sozialpolitischem Engagement ist der wichtigste Weg, auf dem wir als Kirche unserer Gesellschaft dienen und dadurch auch wieder Vertrauen gewinnen können.

Bei manchen sozialpolitischen Debatten in der letzten Zeit nehme ich eine gefährliche Schieflage zu Lasten der Ärmsten in der Gesellschaft wahr. Mir macht die Machtkonzentration in den Händen einiger weniger sehr wohlhabender Menschen, die wir gerade in den USA beobachten, mehr Sorge als die Tatsache, dass es unter Bürgergeldbeziehern wohl auch den einen oder anderen geben wird, der seinen Lebensunterhalt eigentlich selbst erarbeiten könnte. Eine Oligarchie extremen Reichtums, die politische Macht und Einfluss nur für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen anstrebt, ist eine viel größere Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunft der Demokratie.

Gerade für dieses Jahr, in das viele Menschen mit Sorgen gehen, angesichts von so viel Unfriede und Ungerechtigkeit in der Welt, passt das Hoffnungs-Motto des Heiligen Jahres gut. Es gibt die Stimmen der vielen Unglückspropheten, die in der Welt, und auch in der Kirche, nur Niedergang sehen und Untergang vorhersagen. Und diese Stimmen werden heute durch die Kommunikationsblasen der sozialen Medien immer mehr verstärkt und in den öffentlichen Debatten durch Populisten jeglicher politischer Couleur noch zusätzlich befeuert. Darauf dürfen wir als gläubige Christinnen und Christen nicht hereinfliegen.

„Wir aber sind völlig anderer Meinung als diese Unglückspropheten“, wie es Papst Johannes XXIII. bei der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils formuliert hat, weil uns eine Hoffnung erfüllt, die das anbrechende Reich Gottes in unserer Welt trotz aller Schwierigkeiten und Verwerfungen sieht. Deshalb können wir als Christinnen und Christen Pilgerinnen und Pilger der Hoffnung sein. Diese Hoffnung in der Welt konkret werden zu lassen, ist die Aufgabe für uns als Christinnen und Christen auch in diesem Heiligen Jahr. Dabei geht es nicht darum, einen unrealistischen Optimismus zu pflegen, dass irgendwie schon wieder alles gut werden wird. Hoffnung heißt Demut vor der Größe der vor uns liegenden Aufgaben zu haben, aber dabei zu wissen, dass der Einsatz und das Engagement für Gerechtigkeit und Frieden eines jeden und einer jeden von uns, auch wenn es noch so wenig zu sein scheint, etwas bewirken wird.

Das „Unterscheidende der Christen“ ist nämlich, wie Papst Benedikt XVI. in seiner Hoffnungs-Enzyklika „Spe Salvi“ schreibt, „dass sie Zukunft haben: Nicht als ob sie im einzelnen wüssten, was ihnen bevorsteht; wohl aber wissen sie im ganzen, dass ihr Leben nicht ins Leere läuft. Erst wenn Zukunft als positive Realität gewiss ist, wird auch die Gegenwart lebbar.“ (Spe Salvi 2)

Ich wünsche Ihnen, dass Sie in diesem Sinne die Zukunft, in die dieses neue Jahr uns hineinführt, als positive Realität erleben können, und dazu alles Gute und Gottes reichen Segen für 2025.